

BUCHBESPRECHUNGEN

Bernadette Steinmeyer

Verfassungsrechtliche Ansätze zur Neuordnung der multirassischen Gesellschaft Südafrikas unter Berücksichtigung des Vorschlages des Verhandlungsforums der "KwaZulu/Natal Indaba"

Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main u.a., 1991 (Schriften zum Staats- und Völkerrecht), 317 S., DM 97,--

Die zu besprechende Dissertation wurde zu einem Zeitpunkt abgeschlossen, als - nicht zuletzt aufgrund einer von den Sowjets unterstützten, brillianten anglo-amerikanischen Diplomatie der Vermittlung (1987/89) - der Ende 1989 ins Amt gewählte südafrikanische Staatspräsident Frederik Willem de Klerk seine Revolution von oben zur Überwindung des in fast 350 Jahren gewachsenen Systems der Apartheid begonnen hatte. Spätestens seither stellen sich die in Südafrika über eine neue Verfassungs- und Wirtschaftsordnung Verhandeln (wie auch die ausländischen Mittler) jene Frage, mit der der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt den seinerzeitigen US-Vizepräsidenten Walter Mondale überrascht und überfordert hatte: Im Mai 1977 äußerte Mondale im Bonner Bundeskanzleramt, daß der Westen alles in seiner Macht Stehende unternehmen müsse, um Pretoria zur Aufgabe seiner Politik der Apartheid zu zwingen. Schmidts Reaktion beschränkte sich auf die lakonische, an Mondale gerichtete Frage "And replace it with what?"

Auf der Suche nach einer Antwort auf diese Frage, die Schlüsselfrage des Südafrika-Konflikts schlechthin, greift der Rezensent zu der Arbeit von Bernadette Steinmeyer. Denn wird sie nicht gefunden - so auch de Klerk Ende Januar 1993 in seiner Rede zur Eröffnung der jüngsten Sitzung des Kapstädter Parlaments -, so wird die Kap-Republik Jugoslawien, den Staaten am Horn von Afrika, Liberia und der UdSSR in den Untergang folgen. Und dieser Konflikt wird nicht an den Grenzen Südafrikas haltmachen. Es werden sich dann alle ohnehin unsinnigen Träume von der künftigen Rolle Südafrikas als "Wachstumslokomotive" von selbst erledigen.

Zeigt die Autorin einen Weg auf, "the politics of the last atrocity" (Patrick Laurence) zu vermeiden? Ihrer Grundthese ist zuzustimmen: Die verfassungsrechtliche Ordnung des Post Apartheid Südafrika liegt irgendwo zwischen Apartheid und der uneingeschränkten Anwendung des Prinzips "ein Mensch - eine Stimme in einem Staat". Wer das nicht erkennt, der macht Südafrika zu einem afrikanischen Bosnien.

Ein Drittel ihrer Dissertation hat die Verfasserin hinlänglich Bekanntem gewidmet, d.i. die Beschreibung von Entstehungsgeschichte und Strukturen der Apartheid. Es folgen zwanzig Seiten zum Thema "radikale Teilung". Hier ist anzumerken, daß Steinmeyer - wie sie selbst im September 1992 in einem Gespräch mit dem Rezensenten bekannte - den (liberalen)

Hintergrund der deutschen Beiträge zu dieser "Lösung" nicht kannte. Offenbar sind ihr nicht nur die einschlägigen Veröffentlichungen in *Die Suid Afrikaan*, *Vrye Weekblad* und *Democracy in Action* unbekannt, sondern auch die Ergebnisse jener Gespräche, die in den zurückliegenden knapp zehn Jahren eine große Zahl liberal, nicht wenige national und selbst - wie Koos van der Merwe und seine Freunde seit 1988 - konservativ orientierter weißer Afrikaner mit dem ANC geführt haben. Hier hätte sie forschen müssen! Denn hier sprachen Vertreter des Afrikanerdoms und des ANC miteinander. Und nur sie, das war jedem auch nur halbwegs Sachkundigen schon damals klar, werden Verlauf und Ergebnisse der Verhandlungen über das Post Apartheid Südafrika bestimmen. Als Südafrikanerin sollte es ihr ein leichtes gewesen sein, das zu erkennen.

Der Leser ihrer Arbeit fragt sich verwundert, ob Steinmeyer wohl jemals - und in Deutschland/Ost und West war ihr das immer möglich - mit Angehörigen von ANC, SACP - von PAC ganz zu schweigen - diskutiert hat. Nicht nur auf dem "progressiven", sondern auch auf dem konservativen Spektrum gibt es eben "simplificateurs terribles". Und die letzteren kommen dann zu in den Augen des Rezensenten unhaltbaren Aussagen wie jener (S. 258), die grundlegenden ANC-Dokumente sähen "die Schaffung einer sozialistisch-marxistischen nationalen Demokratie" vor. Nicht die Kommunisten im ANC, sondern die Repräsentanten der vier bis sieben Millionen starken Gruppe der analphabetischen und doch hochpolitischen Jugendlichen ("lost generation") stellen doch wohl das größte Hindernis auf dem Weg zur Schaffung eines zwar kaum demokratischen, aber doch halbwegs stabilen Post Apartheid Südafrika dar.

A propos Demokratie: Der Rezensent hätte es sehr begrüßt, die Verfasserin hätte sich die Frage nach der Demokratiefähigkeit aller südafrikanischen Akteure gestellt. Wie andere Autoren, so weicht auch Steinmeyer ihr jedoch aus. Statt dessen folgen je ca. fünfzig Seiten Altbekanntes zu der pseudo-konkordanzdemokratischen Verfassung von Mitte der achtziger Jahre bzw. zu den Vorstellungen der in konservativen Kreisen Deutschlands und Südafrikas gehätschelten IFP von einem konkordanzdemokratischen System. Die erstere ist - so die Autorin zu Recht - vollständig diskreditiert. Die letzteren, m.a.W. die der IFP, sind - und das übersieht Steinmeyer offenbar - nicht etwa die der "Zulunation", sondern nur die der ländlichen Bevölkerung KwaZulus unter ihrem wegen seiner Zusammenarbeit mit Pretoria umstrittenen Führer Mangosuthu Buthelezi. Dieser ist heute zwar keine Randfigur, aber doch alles andere als eine Schlüsselfigur.

Alles in allem gilt, daß derjenige, der den südafrikanischen Verhandlungsprozeß zur Lösung unendlich schwieriger Fragen unterstützen will, der hier besprochenen Arbeit wenig Neues entnehmen kann.

Erdmann Klaus Frhr. von der Ropp